

# Inhaltsverzeichnis

Dank	9
Einleitung	11
1. Die Organisation der Judenverfolgung in den Behörden der staatlichen Finanzverwaltung	31
1.1 Gründung und Aufbau der Reichsfinanzverwaltung in der Weimarer Republik	32
1.2 Koordinationszentren der Judenverfolgung im Reichsfinanzministerium während der NS-Zeit: Steuerabteilung, „Referat Maedel“ und Zoll	42
1.2.1 Organisatorische Kontinuität und „milder“ personeller Austausch	42
1.2.2 Die Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern als früher Impulsgeber für die Diskriminierung von Juden	55
1.2.3 Die organisatorische Umgestaltung ab 1937/38 und die Entstehung des „Referats Maedel“ 1940	61
1.2.4 Der Zollgrenzschutz	72
1.3 Zwischen Zentral- und Regionalinteressen: Die Mittelbehörden	75
1.3.1 Zentralisierungstendenzen und ihre Grenzen	75
1.3.2 Führungswechsel und „Nazifizierung“ zu Beginn der NS-Herrschaft	79
1.3.3 Umstrukturierung 1937/38	85
1.3.4 Im Beutekampf um jüdisches Vermögen: die „Eingliederung“ der österreichischen Finanzverwaltung	88
1.3.5 Die Vermögensverwertungsstellen in den Oberfinanzpräsidien ab 1941	98
1.3.6 Die zweite Kriegshälfte und das Ende der NS-Herrschaft	101
1.4 Spezialisierung in Judenfragen: Die Finanzämter als operative Basis	106
1.4.1 Integrierte Steuerbearbeitung als Leitprinzip	106
1.4.2 Das „Mannheimer System“: Die Einrichtung von Reichsfluchtsteuerstellen in den Finanzämtern	109
1.4.3 Kriminalisierung: Verschärfung des Steuerfahndungsdienstes	113
1.4.4 Ausschluss von Juden von Mitwirkungsrechten: Beiräte der Finanzämter	118
1.5 Das Berliner Finanzamt Moabit-West als Schaltzentrale für die Enteignung jüdischer Emigranten	124

2.	Steuerliche Diskriminierung von Juden im „Dritten Reich“	133
2.1	Kontinuitäten der Steuerordnung zwischen Weimarer Republik und „Drittem Reich“ . . . . .	133
2.2	Erste Reformen und Ideologisierung des Steuersystems 1933–1935 . . . . .	137
2.3	Planungszentrum Steuerabteilung: Radikalisierungsentwürfe im Sommer 1935 . . . . .	144
2.4	Vermögensanmeldung und „Judenvermögensabgabe“ 1938	151
2.5	Von der steuerlichen Diskriminierung zur gesonderten Steuerklasse für Juden . . . . .	167
2.6	Steuerpolitik gegen jüdische Einrichtungen . . . . .	170
2.7	Antisemitische Steuerpolitik in der „Ostmark“ . . . . .	174
2.8	Kontinuitäten und Brüche in der Verwaltungspraxis der Finanzbehörden während der NS-Zeit . . . . .	178
3.	Die Ausplünderung jüdischer Emigranten	185
3.1	Reichsfluchtsteuer . . . . .	185
3.1.1	Die Entwicklung und Bedeutung der Reichsfluchtsteuer in der Weimarer Zeit . . . . .	185
3.1.2	Antijüdische Ausrichtung und Radikalisierung der Reichsfluchtsteuer nach 1933 . . . . .	188
3.1.3	Präventiver Zugriff der Finanzbehörden zur „Sicherung“ der Reichsfluchtsteuer . . . . .	195
3.1.4	Reichsfluchtsteuer als Instrument der Teilenteignung . . . . .	199
3.2	Devisenrecht . . . . .	201
3.2.1	Die Anfänge der Devisenbewirtschaftung seit dem Ersten Weltkrieg . . . . .	205
3.2.2	Antijüdische Diskriminierungsmechanismen im Devisenrecht in einer Phase des Pragmatismus 1933–1935 . . . . .	208
3.2.3	Antisemitische Radikalisierung in der devisenpolitischen Dauerkrise 1935–1939 . . . . .	217
3.2.4	Transferabkommen für jüdische Emigranten . . . . .	231
3.2.5	Devisenpolitik in der „Ostmark“ . . . . .	241
4.	„Arisierung“ – Die Rolle der Finanzverwaltung im Konflikt zwischen staatlichen Interessen, Gauleitungen und Privatwirtschaft	243
4.1	Fiskalische Verfolgung und „Arisierung“ . . . . .	243
4.2	Die Reichsfinanzpolitik und die „Arisierung“ bis 1937 . . . . .	250
4.2.1	Aprilboykott, „Nürnberger Gesetze“ und „Arisierungspolitik“ . . . . .	250
4.2.2	Steuern als Druckmittel in der Praxis der „Arisierung“ . . . . .	256

4.3	Übergang zur „Zwangсарisierung“ 1938 . . . . .	263
4.3.1	Erste staatliche Regulierung der „Arisierung“ 1938 und Widerspruch Schwerin von Krosigks gegen eine „Zwangсарisierung“ im Sommer 1938 . . . . .	263
4.3.2	Durch Steuerschulden zur „Zwangсарisierung“: der Ignaz-Petschek-Konzern . . . . .	267
4.3.3	„Zwangсарisierung“ nach dem Novemberpogrom . . . . .	270
4.4	Zwischen Partei-, Staats- und Privatinteressen: die Ausgleichsabgabe . . . . .	272
4.4.1	Gegen regionale Parteiinteressen im „Altreich“: die Entscheidung für eine staatliche Ausgleichsabgabe . . . . .	272
4.4.2	Arisierungsskandal in Franken und die Einsetzung einer Prüfungskommission durch Hermann Göring . . . . .	287
4.4.3	„Arisierung“ und Ausgleichsabgabe in Österreich: der Staat gerät ins Hintertreffen . . . . .	294
5.	Staatliche Enteignung jüdischen Vermögens	307
5.1	Entwicklung des staatlichen Eigentumsschutzes und Möglichkeiten der Vermögenskonfiskation vor 1933 . . . . .	309
5.1.1	Nationalisierung und Zentralisierung des Eigentumsschutzes seit dem 19. Jahrhundert . . . . .	310
5.1.2	Verfahren der staatlichen Enteignung und die zentrale Bedeutung der Entschädigung vor 1933 . . . . .	313
5.1.3	Die Fürstenenteignung in der Weimarer Republik und die NSDAP als Gegner einer entschädigungslosen Enteignung . . . . .	319
5.2	Von der politischen Gegnerbekämpfung zum Rassenrecht: Entzug der Staatsangehörigkeit und Enteignung von Juden 1933–1938 . . . . .	324
5.2.1	Das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatfeindlichen Vermögens“ vom 14. Juli 1933 . . . . .	325
5.2.2	Steuerliche Förderung der Vermögenskonfiskation . . . . .	330
5.2.3	Das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatszugehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 und die Frage der „Ostjuden“ . . . . .	333
5.2.4	Die beiden Enteignungsgesetze in der Praxis: Unklare Rechtslage und Konflikte . . . . .	338
5.2.5	Verschärfung der vermögensrechtlichen Regelungen gegenüber Juden . . . . .	343
5.3	Die Verwaltung und Verwertung der während des Pogroms vom November 1938 „sichergestellten“ Vermögenswerte . . . . .	347
5.4	Radikalisierung der Enteignungspolitik nach 1938 . . . . .	352
5.4.1	Legalisierung der Raubaktionen in der „Ostmark“ . . . . .	352

5.4.2	„Wiener Verhältnisse“: Die Praxis der Vermögensverwertung in der „Ostmark“ . . . . .	366
5.4.3	Sudetengau . . . . .	374
5.4.4	Wechselwirkungen zwischen Staatsbürgerschaftsfragen und Enteignung im Protektorat Böhmen und Mähren und in Polen . . . . .	376
5.4.5	Der Weg der Finanzbehörden in die Schlüsselposition der Vermögensverwaltung bei den frühen Deportationen . .	379
5.5	Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 . . . . .	387
5.5.1	Die Verknüpfung von Staatsbürgerschaftsdiskussionen und Enteignungsfragen in der Debatte um die Einführung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz . . . . .	387
5.5.2	Grenzen der Regelbarkeit: Konflikte zwischen Reichssicherheitshauptamt und Reichsfinanzverwaltung im Kontext der Enteignung der Deportierten . . . . .	397
5.5.3	Die „Aktion 3“: Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz und die Deportationen in der Praxis . . . . .	402
	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	427
	Abkürzungen	445
	Quellen- und Literaturverzeichnis	449
	Ungedruckte Quellen . . . . .	449
	Gedruckte Quellen, Memoiren und zeitgenössische Literatur . . . .	451
	Periodika . . . . .	451
	Gedruckte Quellen . . . . .	451
	Forschungsliteratur . . . . .	455
	Personenregister	477